

14.05.2014

## Kleine Anfrage 2307

des Abgeordneten Hanns-Jörg Rohwedder PIRATEN

### **Auftrag des Wirtschaftsministers für die sogenannte „Endlager-Suchkommission“ mit Blick auf den Uranmüll in Gronau und die hochradioaktiven Brennelementkugeln aus Jülich und Hamm**

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Piratenfraktion 16/5544 teilte die Landesregierung u. a. mit, dass Wirtschaftsminister Garrelt Duin die Landesregierung in der Endlager-Suchkommission vertreten wird (Landtags-Drucksache 16/5734). Dort solle er die Positionen der Landesregierung zur sicheren Entsorgung und Endlagerung des in der Urananreicherungsanlage Gronau anfallenden Uranmülls vertreten. Konkrete politische Positionen für die Endlagersuche seitens der Landesregierung werden jedoch nicht aufgeführt.

Zudem teilte die Landesregierung lapidar ohne Angabe von Gründen mit, dass sie nicht fürchte, dass die „zeitlich unbefristete oberirdische Dauerlagerung von Uranoxid in Gronau zu einer sicherheitstechnisch deutlich abgespeckten De-facto-Endlagerung in Gronau führen kann“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Mit welchen konkreten politischen / fachlichen Positionen der Landesregierung zur sicheren Entsorgung / Endlagerung des vielfältigen Atommülls aus Nordrhein-Westfalen geht der Minister für Wirtschaft in die Beratungen der sogenannten Endlager-Suchkommission?
2. Mit welchen Beteiligten an der Endlagersuche hat sich die Landesregierung vorab abgestimmt?
3. In welcher Weise wird die Landesregierung konkret die sichere Entsorgung des bei der Urananreicherung in Gronau anfallenden abgereicherten Uranhexafluorids (UF<sub>6</sub>) sowie des dekonvertierten Uranoxids (U<sub>3</sub>O<sub>8</sub>) in die Beratungen der Endlager-Suchkommission einbringen?

Datum des Originals: 14.05.2014/Ausgegeben: 14.05.2014

4. In welcher Weise wird der Minister für Wirtschaft die sichere inländische Entsorgung der hochradioaktiven Brennelementkugeln aus den Hochtemperaturreaktoren in Jülich bzw. Hamm in die Beratungen der Endlager-Suchkommission einbringen?
5. Aus welchen Gründen befürchtet die Landesregierung nicht, dass die zeitlich unbefristete oberirdische Dauerlagerung von Uranoxid Gronau stillschweigend in eine De-facto-Endlagerung des Uranoxids in Gronau übergehen kann?

Hanns-Jörg Rohwedder